

## Medieneinladung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn



Solothurn, 18. September 2014

## Gewerkschaftsbund sagt JA zur Öffentlichen Krankenkasse und JA zur Ausfinanzierung der Pensionskasse des Kantons Solothurn

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden mehr und mehr unter der Last der Krankenkassenprämien. Dem muss Gegensteuer gegeben werden. Der GbS ruft seine Mitglieder und die ganze Solothurner Bevölkerung auf, «Ja» zu stimmen am 28. September 2014. Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» beseitigt endlich den absurden Wettbewerb in der Grundversicherung und legt kantonal einheitliche Prämien fest.

Der Gewerkschaftsbund verurteilt – die nota bene mit Prämiengeldern bezahlte –millionenschwere Angstkampagne der Initiativgegner und des Krankenkassenfilztes. Es wird entgegen deren Behauptungen mit der öffentlichen Krankenkasse weiterhin Franchisemodelle geben. Hausarztmodelle und Versorgungsmodelle, die sich besonders um chronisch kranke Menschen kümmern, werden sogar zum Standard werden. Auch das hilft, Kosten zu sparen.

Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ist die richtige Lösung. Weil sie vernünftig ist.

Die Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) muss künftig ohne Staatsgarantie auskommen und ihre künftigen Verpflichtungen mit dem eigenen Kapital zu 100 % abdecken können. Die Ausfinanzierung des Deckungsfehlbetrages von 1,1 Milliarden Franken ist eine grosse Herausforderung an die Beteiligten. Auf dem Spiel steht die langfristige Sicherung der Altersvorsorge für die Staatsangestellten, die Lehrpersonen der Kantons-, Berufs- und Volksschulen, das Spitalpersonal sowie des Personals von 200 angeschlossenen Arbeitgebern.

Sollte die Vorlage nicht anfangs 2015 in Kraft treten können, würde die Aufsichtsbehörde der PKSO einen Zeitplan zur Sanierung diktieren. Innert 8 bis 10 Jahren müssten Kanton, Einwohnergemeinden und angeschlossene Arbeitgeber den Fehlbetrag tilgen. Dies würde nicht nur die Leistungen der Versicherten unter Druck setzen, sondern wären für Kanton und Gemeinden finanziell nicht verkraftbar. Der GbS empfiehlt deshalb das Pensionskassengesetz anzunehmen, überlässt es aber den Stimmberechtigten, für welche Variante sie sich entscheiden.

### Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

- Markus Baumann, Präsident des Gewerkschaftsbundes Kt. Solothurn (GbS) 079 435 64 47